



Milliarden ohne Sicherheiten?

Aus Nationalbank-Reserven soll die Schweiz dem Internationalen Währungsfonds (IWF) 31 Milliarden Franken überweisen. Der IWF will damit den von Schwindsucht befallenen Euro retten.

Die Vorlage ist kompliziert. Der Bundesrat will nicht zugeben, dass insgesamt 31 Milliarden gefordert werden. Der Betrag sei niedriger, bloss 18 Milliarden – noch immer eine exorbitante Summe!

Wieviel genau?

Nach exaktem Studium aller erhältlichen Informationen legen wir unsere Berechnung offen: Für die sog. «Neuen Kreditvereinbarungen» verlangt der IWF 18 Milliarden Schweizer Franken. Diese 18 Milliarden lösen formell einen 2009 angeforderten Übergangskredit ab, an den die Schweiz 12 Milliarden Franken hätte beitragen sollen. Das Wort «hätte» ist bewusst gewählt: Der Nationalrat blockierte 2009 die Zahlung – sie ist bis heute nicht erfolgt.

*Auf dem Papier sollen die jetzt geforderten 18 Milliarden Franken den (von der Schweiz nicht bezahlten) Übergangskredit von 12 Milliarden ablösen. Zu diesen 12 Milliarden erklärt der IWF aber, dass eine Rückzahlung an die Darlehensgeber nicht vorgesehen sei. Vielmehr würden unmittelbar nach Zahlung der 18 Milliarden an die «Neuen Kreditvereinbarungen» die **ordentlichen Eigenmittel des IWF erhöht**, woran die Schweiz jene 12 Milliarden beizutragen habe, die dem (von der Schweiz nicht geleisteten) gleich hohen Beitrag an den Überbrückungskredit von 2009 entsprächen. Die bundesrätliche Botschaft zum Überbrückungskredit bestätigt diese IWF-Darstellung, auch wenn der Bundesrat heute dazu schweigt.*

Da die 12-Milliarden-Zahlung 2009 seitens der Schweiz nicht erfolgt ist, muss IWF-Mitglied Schweiz ihren Beitrag an die

IWF-Eigenmittel-Erhöhung jetzt selbstverständlich noch nachzahlen. Unbestritten ist, dass sie als IWF-Mitglied ausserdem auch noch 1 Milliarde an den IWF-Treuhandfonds zu leisten hat. Daraus ergibt sich das Total von 31 Milliarden Franken.

Keine Gegenleistung?

*Wird ein Privater, wird eine Firma um die Leistung einer (auf dem Papier «freiwilligen») **Nothilfe-Zahlung** aus ihren Reserven angegangen, dann verlangt der Angefragte «Sicherheiten». Wer nach «Sicherheiten» seitens des IWF für die verlangten Milliarden an guten, soliden Schweizer Franken fragt, stösst indessen auf eine **Mauer der Ablehnung**. «Ungehörig» sei solche Frage, deplaciert jede Forderung.*

*Wir stellen sie trotzdem: Wenn der IWF Schweizer Franken erhalten will, soll er Sicherheiten leisten. Sowohl der IWF als z.B. auch Deutschland, das die Euro-Stabilität zur Überlebensfrage der EU erklärt hat, besitzen grosse **Goldreserven**.*

*Unsere Forderung: Als Sicherheit für geforderte Schweizer-Franken soll der IWF (allenfalls mit Partnern zusammen) genau im Gegenwert der geforderten Summe Gold in der Schweiz deponieren, unterlegt mit der **Garantie**, dass dieses Gold **der Schweiz zufällt**, wenn der IWF zur **Rückzahlung** der Schweizer Darlehen **unfähig** wäre.*

Unter dieser – aber nur unter dieser Bedingung wären Hilfszahlungen an den IWF verantwortbar.

Ulrich Schliuer